

P01-026 Auf GRÜN kommt es an – für eine neue politische Kultur in Sachsen

Antragsteller*in: Jens Bitzka (Bautzen KV)

Änderungsantrag zu P01

Von Zeile 25 bis 26:

diese Entwicklungen mit einem autoritären Politikstil und Identitätsangeboten einher, die
~~Fremde~~ "Fremde" oder als "anders" wahrgenommene ausschließen.

Begründung

Die Zuschreibung von "Fremdheit" ist eine subjektive Einschätzung, die sich die Grünen nicht aneignen sollten (daher Anführungszeichen). Im Kern geht es um eine Wahrnehmung einer "Andersheit", das muss sich nicht nur auf Herkunft und Religion beziehen, sondern z.B. auch auf Sprache oder sexuelle Identität. Zudem ist offensichtlich, dass sich die hier gemeinten Identitätsangebote tatsächlich nicht nur gegen "Fremde" im Sinne von Menschen anderer Herkunft richten, sondern auch gegen einheimische, aber als "anders" wahrgenommene Einwohner, wie z.B. Sorben oder auch dunkelhäutige Sachsen, denen "Fremdheit" zugeschrieben wird.

P01-186 Auf GRÜN kommt es an – für eine neue politische Kultur in Sachsen

Antragsteller*in: Jens Bitzka (Bautzen KV)

Änderungsantrag zu P01

Von Zeile 185 bis 187 einfügen:

und diskriminierungsfrei leben können. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung - egal ob sie aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion, Muttersprache, Weltanschauung oder wegen des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen und

P01-295 Auf GRÜN kommt es an – für eine neue politische Kultur in Sachsen

Antragsteller*in: Sophia Mlejnek (Leipzig KV)

Änderungsantrag zu P01

Von Zeile 294 bis 296:

etwas bewegen können und dass ihre Stimme zählt. Wir fordern die Herabsetzung des Wahlalters auf ~~16~~14 Jahre auf Landes- und Bundesebene sowie die Intensivierung von demokratischer Partizipation an Schulen z.B. durch die Stärkung von

Begründung

Erfolgt mündlich.

P01-295-2 Auf GRÜN kommt es an – für eine neue politische Kultur in Sachsen

Antragsteller*in: Sophia Mlejnek (Leipzig KV)

Änderungsantrag zu P01

Von Zeile 294 bis 296 einfügen:

etwas bewegen können und dass ihre Stimme zählt. Wir fordern die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auf Kommunal- Landes- und Bundesebene sowie die Intensivierung von demokratischer Partizipation an Schulen z.B. durch die Stärkung von

Begründung

Wenn das Wahlalter auf Landes- und Bundesebene gesenkt werden soll, sollte auch die Kommunalebene nicht unberücksichtigt bleiben, um die Forderung zu vervollständigen.

P01-265 Auf GRÜN kommt es an – für eine neue politische Kultur in Sachsen

Antragsteller*in: Sophia Mlejnek (Leipzig KV)

Änderungsantrag zu P01

Von Zeile 264 bis 265 einfügen:

die Möglichkeit erhalten, Prozesse nachvollziehen zu können und sich einzubringen, wenn er oder sie es möchte.

Damit auch Menschen mit Lernschwierigkeiten gut informiert an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und sich einbringen können, fordern wir mehr Materialien in Leichter Sprache. Diese können auch von Menschen mit geringen Deutschkenntnissen genutzt werden. Auch mobilitätseingeschränkte Menschen z.B. Rollstuhlfahrer*innen werden durch physische Barrieren an ihrer politischen Teilhabe gehindert. So sind Wahllokale häufig nicht barrierefrei, aber auch (partei)politische Veranstaltungen finden oft in nicht-barrierefreien Räumen statt. Wir fordern eine Kultur der Achtsamkeit, in der Barrieren aktiv abgebaut werden.

Begründung

Wir treten als GRÜNE für eine demokratische Teilhabe aller ein. Wir wollen ein Einmischen durch Inklusion ermöglichen. An dieser Stelle haben wir die Möglichkeit das noch einmal heraus zu stellen.

LTW01-017 GRÜN bricht auf: Ein neues Kapitel für Sachsen Unser Weg zur Landtagswahl und das Entscheidungsverfahren nach der Landtagswahl.

Antragsteller*in: Sophia Mlejnek (Leipzig KV)

Änderungsantrag zu LTW01

Von Zeile 16 bis 20:

Fraktionsvorstand und zwei weitere Mitglieder des Landesparteiirates, die weder dem Landesvorstand noch dem Fraktionsvorstand angehören. ~~Des Weiteren gehören der Landesgeschäftsführer sowie ein Mitglied des Vorstandes der GRÜNEN JUGEND Sachsen, welches durch diesen zu benennen ist, sowie ein Mitglied der der Grünen Jugend Sachsen, welches durch den Landesvorstand der Grünen Jugend Sachsen zu benennen ist. Des Weiteren gehört der Landesgeschäftsführer~~ der Wahlkampfkommission mit beratender Stimme an.

Begründung

Wir Grüne haben ein großes Potenzial bei jungen Menschen. In der Gruppe der 18-24 Jährigen liegen die Grünen in Deutschland mit 27% an erster Stelle – das ergab eine Umfrage von YouGov im Februar 2018. Um junge Leute aber auch bei den kommenden Landtagswahlen für GRÜN zu gewinnen, braucht es junge Themen und junge Techniken des Wahlkampfes. Dafür wollen wir uns als GRÜNE JUGEND Sachsen in der Wahlkampfkommission einsetzen. Wir sind gerade erst im Wahlkampfsommer 2017 quer durch Sachsen unterwegs gewesen und haben besonders junge Menschen angesprochen und ermuntert, ihre Stimme GRÜN zu geben. Auch für 2019 planen wir Wahlkampftouren durch ganz Sachsen. Um das große Potenzial zu nutzen – der jungen Wähler*innen und der jungen engagierten Menschen in der Partei – ist echte Mitbestimmung im Wahlkampf wichtig. Wir wollen uns einbringen, Themen setzen und tatkräftig im kommenden Wahlkampf anpacken. Deswegen ist eine angemessene Vertretung in der Wahlkampfkommission mit Stimmrecht wichtig. Hier können wir Akzente setzen und dafür sorgen, dass GRÜN bei der kommenden Landtagswahl junge Leute begeistert!

LTW01-059 GRÜN bricht auf: Ein neues Kapitel für Sachsen Unser Weg zur Landtagswahl und das Entscheidungsverfahren nach der Landtagswahl.

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu LTW01

Von Zeile 58 bis 61:

Koalitionsverhandlungen vor. Soweit der Beschlussvorschlag die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen befürwortet, ~~legt der Landesparteirat zudem einen Beschlussvorschlag über die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppe der Koalitionsverhandlungen vor.~~ Legen Landesparteirat und Kreisverbände (Beschluss der Mitgliederversammlung) Vorschläge für Personen in der Verhandlungsgruppe vor. Die entsprechenden Vorschläge müssen vor Zusammentritt der Landesversammlung zur Entscheidung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen eingehen.

Begründung

Damit ist dann die Beteiligung aller KV's - auch derer die nicht im Parteirat sind - gegeben. Die Wahrung eines zügigen Verlaufs bleibt gewahrt.

LTW01-065 GRÜN bricht auf: Ein neues Kapitel für Sachsen Unser Weg zur Landtagswahl und das Entscheidungsverfahren nach der Landtagswahl.

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu LTW01

Von Zeile 64 bis 66 einfügen:

Sie entscheidet über die oben genannten Beschlussvorschläge des Landesparteirates und der Kreisverbände zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und zur Verhandlungsgruppe.

Begründung

Damit ist dann die Beteiligung aller KV's - auch derer die nicht im Parteirat sind - gegeben. Die Wahrung eines zügigen Verlaufs bleibt gewahrt.

V01-001 Mitte-Deutschland-Verbindung

Antragsteller*in: Stephan Kühn (KV Dresden), Katja Meier (KV Meißen), Volkmar Zschocke (KV Chemnitz)

Änderungsantrag zu V01

Zeile 1-3 werden ersetzt durch:

Der Landesverband Sachsen will sich gemeinsam mit den Kreisverbänden in Südwestsachsen für die schnelle Anbindung an den Fernverkehr über die Mitte-Deutschland-Verbindungen einsetzen. Seit Ende 2006 ist Chemnitz und die gesamte Region Südwestsachsen vom Fernverkehr der Deutschen Bahn AG abgeschnitten. Die drittgrößte Stadt Ostdeutschlands verfügt über keine direkte Fernverkehrsanbindung. In Deutschland gibt es keine vergleichbare Wirtschaftsregion mit einer so schlechten Bahnanbindung. Ende 2011 wurde auch die direkte Verbindung ins benachbarte Thüringen gekappt. Die Regionalexpresszüge aus Richtung Erfurt, Weimar und Gera, die früher nach Chemnitz und Zwickau fuhren, enden heute in Glauchau. Seitdem müssen Fahrgäste zwischen Gera, der drittgrößten Stadt Thüringens und der drittgrößten Stadt Sachsens umsteigen und für die nur 60 Kilometer Luftlinie fast 90 Minuten aufbringen. Gegen die Kürzung der RE-Linie hat seinerzeit sogar die thüringische Landesregierung bei der sächsischen Landesregierung protestiert und auf eine gemeinsame Lösung gedrängt. Erfolglos.

Thüringen hat nun erreicht, wovon Sachsen immer nur redet: die Rückkehr des Fernverkehrs in eine bisher abgehängte Region. Ab Dezember 2018 werden täglich drei InterCity-Fernverkehrszüge aus dem Rheinland über die Mitte-Deutschland-Verbindung bis ins ostthüringische Gera verkehren. Damit kommen alle Städte entlang der thüringischen Städtekette wieder in den Genuss von Direktverbindungen ins Ruhrgebiet und Rheinland. Noch fehlt der Fahrdraht auf der Mitte-Deutschland-Verbindung östlich von Weimar, darum müssen die IC ab Erfurt noch mit Diesel-Loks fahren. Doch Thüringen hat sich erfolgreich für die Elektrifizierung des Streckenabschnitts Weimar bis zur Landesgrenze bei Gößnitz eingesetzt. Das Projekt wurde in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen. Die Planungen für die Elektrifizierung, die bis 2025 abgeschlossen sein soll, laufen bereits.

Dass die Doppelstock-IC in Gera enden und nicht weiter nach Sachsen fahren, hat insbesondere die sächsische Staatsregierung zu verantworten. Verkehrsminister Martin Dulig (SPD) hätte längst die Chance ergreifen müssen, mit der seit längerem geplanten IC-Verbindung endlich wieder eine umsteigefreie Verbindungen zwischen Ostthüringen und Südwestsachsen zu schaffen und auf diese Weise Chemnitz im Fernverkehr anzubinden. Es reicht nicht, die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger immer nur mit einem ICE-Anschluss nach erfolgter Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Leipzig zu vertrösten. Das wird auch erst frühestens Mitte des nächsten Jahrzehnts möglich sein.

Eine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen beauftragte Studie zeigt („Anbindung von Chemnitz an den SPNV – Kurzstudie zu den Möglichkeiten ab dem Jahresfahrplan 2019“, August 2017, Zimmermann-Ingenieure im Auftrag von Stephan Kühn MdB), dass eine Verlängerung des IC von Gera nach Chemnitz auch ohne zusätzliche Investitionen und mit überschaubaren laufenden Kosten möglich wäre. Chemnitz hat die Chance, noch in diesem Jahrzehnt wieder an den Fernverkehr angebunden zu

werden. Diese kurzfristige Chance darf nicht vertan werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern daher die sächsische Staatsregierung auf:

1. unverzüglich Gespräche mit der thüringischen Landesregierung und der Deutschen Bahn AG mit dem Ziel aufzunehmen, die ab Dezember 2018 verkehrenden IC-Fernverkehrszüge so schnell wie möglich nach Chemnitz zu verlängern,
2. wie in Thüringen die dafür notwendigen Mittel für den laufenden Betrieb aus den vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmitteln bereit zu stellen.

Begründung

erfolgt mündlich

V01-002 Mitte-Deutschland-Verbindung

Antragsteller*in: Jens Reichmann (Leipzig KV)

Änderungsantrag zu V01

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Der Landesverband Sachsen will sich gemeinsam mit den Kreisverbänden in Südwestsachsen für die schnelle Anbindung der Region an den Fernverkehr über die Mitte-Deutschland-Verbindungen einsetzen.

Begründung

Redaktionelle Änderung. Überkritische Leser könnten den Satz so verstehen wollen, dass der Landes- und die Kreisverbände schnell an die Mitte-Deutschland-Verbindung angeschlossen werden wollen.

V02-001 Arbeitsbedingungen verbessern, Attraktivität erhöhen, Spielräume ausweiten. Der GRÜNE 7-Punkte-Plan für genügend qualifizierte Lehrkräfte an allen sächsischen Schulen

Antragsteller*in: LAG Bildung

Beschlussdatum: 21.03.2018

Redaktionelle Änderung

Die Globalalternative zum Antrag V02 findet ihr [hier \(PDF\)](#).

V02-096 Arbeitsbedingungen verbessern, Attraktivität erhöhen, Spielräume ausweiten. Der GRÜNE 7-Punkte-Plan für genügend qualifizierte Lehrkräfte an allen sächsischen Schulen

Antragsteller*in: Julia Günther (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V02

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:

- die Stundentafel auf bundesweit vergleichbare Standards und entsprechende Anpassung der Lehrpläne reduzieren, dabei soll eine Stundenkürzung in den Fächern Musik, Sport und Fremdsprachen vermieden werden

Begründung

Zwar ruderte die Staatsregierung nach einer landesweiten Welle der Empörung stark zurück, noch ist der Vorschlag jedoch nicht vom Tisch. Das Modell sieht je eine Wochenstunde weniger bei Kunst und Musik in der fünften Klasse, bei der zweiten Fremdsprache in der sechsten Klasse und eine Begrenzung auf zwei Stunden Sport pro Woche vor.

Einen Ausgleich sollen Ganztagsangebote schaffen. Ob diese Ganztagsangebote kostenfrei vorgehalten werden können, wurde bisher nicht verlautbart. In Zeiten maroder und überfüllter Schulen ist zudem unklar, ob dies überhaupt flächendeckend gewährleistet werden kann.

Auch der Landeschülerrat hat sich für eine "Entschlackung [der Stundentafel] besonders im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich" ausgesprochen.

V03-038 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Petra Zais (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V03

Von Zeile 38 bis 40 löschen:

~~Wir fordern alle parteinahen Gliederungen sowie Campusgrün und die parteinahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung, weiterdenken, usw.) inklusive ihrer Auslandsbüros dazu auf, diesem Beispiel zu folgen.~~

Begründung

BDS erhält innerhalb der palästinensischen Gebiete, aber auch international, weiter Zulauf. Dieses weite Vordringen erkennt auch der grüne BuVo an, der sich auf seiner Klausur im Herbst 2015 ebenfalls gegen BDS positioniert hat und den Boykott Israels als politisches Mittel explizit ablehnt. Die Verbreitung der BDS-Kampagne geschieht zudem international teils offen und radikal, teils aber auch verdeckt. Nicht immer ist auf Anhieb ersichtlich, welche Akteur*innen mit BDS sympathisieren. Gerade für Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung (etwas in Ramallah) ist es deswegen kaum zu gewährleisten, dass jeglicher Kontakt zu BDS vollständig vermieden werden kann.

V03-001-2 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer

Redaktionelle Änderung

[Hier](#) findet ihr die Globalalternative zum V03 von Horst Schiermeyer.

Begründung

Aus den im Antrag genannten Gründen sollten wir nicht mit der BDS-Kampagne zusammenarbeiten. Gleichzeitig sollten wir uns aber auch nicht zu Unterstützern der israelischen Regierungspolitik machen. Dazu sei aus einem Kommentar von Daniel Bax in der „taz“ vom 17.03.2017 zitiert:

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu machte die Bewegung „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“, kurz BDS, bereits 2015 als „größte aktuelle Bedrohung“ seines Landes aus und stellte rund 23 Millionen Euro für eine groß angelegte, weltweite Anti-BDS-Kampagne und Propagandaoffensive bereit.

Einige konservative Parteien in Europa hat er auf seine Seite gebracht. In Großbritannien, Frankreich und einigen US-Bundesstaaten wurden Gesetze erlassen oder andere Maßnahmen ergriffen, um die Boykottbewegung zu behindern. Die britische Regierung etwa hat es staatlichen Stellen, Kommunen oder Gewerkschaften verboten, zum Boykott gegen Israel oder dessen illegalen Siedlungen im Westjordanland aufzurufen.

Auch die deutsche CDU hat auf ihrem letzten Parteitag im Dezember einem Antrag zugestimmt, in dem die Israel-Boykott-Bewegung pauschal als „antisemitisch“ bezeichnet und mit dem Judenboykott der Nazis im Dritten Reich verglichen wurde. „Wer heute zum Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen“, hieß es dazu aus der Frankfurter CDU, die den Antrag einbrachte.

Dieser Vergleich ist geschichtsvergessen und verhöhnt die NS-Opfer, denn damit wird der Völkermord der Nationalsozialisten verharmlost. Israel ist auch keine drangsalierte Minderheit wie die Juden im Dritten Reich, sondern der militärisch und wirtschaftlich stärkste Staat der Region. Gerade in Deutschland sollten sich solche Vergleiche verbieten, mit denen Menschenrechtler, die sich für einen fairen Frieden im Nahen Osten einsetzen, auf eine Stufe mit Naziverbrechern gestellt werden.

Für eine nähere Auseinandersetzung findet man den Boykott-Aufruf übrigens unter: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>

oder auch Beiträge wie diesen des israelisch-amerikanischen Talmud-Wissenschaftlers Daniel Boyarin: <http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/bds-kampagne-freunde-israels-boykottiert-diesen-staat-a-1243434>

oder die zwar ablehnende, aber differenzierte Position des israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery: <http://www.uri-avnery.de/news/368/17/basic.html>, in dem er das Fazit zieht:

Die Palästinenser benötigen Frieden, um die Besatzung los zu werden und um endlich Freiheit, Unabhängigkeit und ein normales Leben zu erlangen.

Die Israelis benötigen Frieden, weil wir ohne ihn immer tiefer in den Morast eines ewigen Krieges sinken, die Demokratie verlieren, auf die wir so stolz waren, und ein verachteter Apartheidstaat werden.

Die BDS-Debatte kann die gegenseitige Feindschaft zuspitzen, die Kluft zwischen den beiden Völkern vertiefen, sie sogar weiter auseinanderreißen. Nur aktive Kooperation zwischen dem Friedenslager auf beiden Seiten, kann das einzige Ding, das beide Seiten verzweifelt benötigen, gewinnen:

Den FRIEDEN.

V03-019 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu V03

Von Zeile 18 bis 24:

der international angelegten BDS Kampagne, was, abgekürzt für „Boykott Divestment Sanctions“ steht. ~~Diese versucht Israel international zu delegitimieren und zu diskreditieren, indem sie einseitig dem Staat Israel die Schuld für die Konflikte der Region zuweist. Die akute Bedrohung des einzigen demokratischen Staates im Nahen Osten, beispielweise durch die Terroranschläge der Hamas die nach wie vor die Existenz Israels bekämpfen, wird dabei verleugnet.~~ Diese Kampagne zielt auf einen Boykott des jüdischen Staates Israel, des einzigen demokratischen Staates im Nahen Osten, seiner Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen ab. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Attacken gegen den Staat Israel als Ganzes. Das ist der Versuch, den Staat Israel zu delegitimieren und diskreditieren.

V03-033 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu V03

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:

Wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen bekennen uns seit jeher für eine offene Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus. Wir wollen mit allen Kräften in Israel und den palästinensischen Gebieten zusammenarbeiten, die sich friedlich für eine Zwei-Staaten-Regelung einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen stehen ohne wenn und aber zum Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Lösung und damit einer friedlichen gleichberechtigten Lösung des Nahostkonfliktes.

V03-037 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu V03

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

für eine verstärkte Aufklärung über Antisemitismus und insbesondere die BDS Kampagne ein und führen in Zukunft Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine gesellschaftliche oder politische Ächtung des Staates Israel zu verhindern.

V03-038-2 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller*in: Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu V03

Von Zeile 38 bis 40 löschen:

~~Wir fordern alle parteinahen Gliederungen sowie Campusgrün und die parteinahen Stiftungen
(Heinrich-Böll-Stiftung, weiterdenken, usw.) inklusive ihrer Auslandsbüros dazu auf, diesem Beispiel zu
folgen.~~

V04-001 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Titel

Ändern in:

Eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten jetzt !

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 1 bis 4:

~~Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind im Dezember 2016 in Sachsen von den gemeldeten SGB II- und SGB III-Bezieher*innen 5013 Geflüchtete ohne Schulabschluss und 3213 Geflüchtete, die keine Angaben zu ihrem Schulabschluss gemacht haben.~~

Bündnis 90 / Die Grünen fordern bessere Bildungsangebote, Rahmenbedingungen und
Qualifizierungsmöglichkeiten für Geflüchtete und andere Migranten.

Für eine erfolgreiche Integration in in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, gibt es trotz vieler offener
Lehrstellen Hürden und Hindernisse. Um dies zu verbessern wollen wir:

Begründung

Inhaltlich stimmt die LAG mit dem Antrag überein die Änderungsanträge sollen den text lediglich klarer und effektiver gestalten: Der Einleitungstext ist klarer, wenn er nur eine kurze Erklärung in das Thema gibt. Alles aneder kann in der begründung erwähnt werden. (s. weitere Änderungsanträge der LAG Migration Integration und Antidiskriminierung zum Antrag). Auch die Überschrift gewinnt durch die Kürze mehr Prägnanz und stärkere Aussagekraft.

V04-005 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 5 bis 12 löschen:

~~Die Regionaldirektion Sachsen geht davon aus, dass ein erheblicher Teil ebenfalls keinen Schulabschluss bzw. weniger als 9 Jahre Schulerfahrung besitzt. Zu beachten ist ebenso, dass nur wenige Geflüchtete im Asylbewerberleistungsbezug in der offiziellen Statistik des SGB III erfasst sind. Andererseits sind nicht alle diese Menschen ohne Schulabschluss bereit, einen solchen langen Weg bis zum Hauptschulabschluss schaffen zu können oder zu wollen. Der Sächsische Flüchtlingsrat rechnet mit knapp 4000 erwachsenen Geflüchteten, die einen Schulabschluss in Sachsen nachholen können und wollen.~~

Begründung

Text streichen, der Inhalt könnte in der Begründung wiedergegeben werden, stellt aber keine Forderung dar.

V04-013 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 13 bis 20 löschen:

~~Für eine erfolgreiche Integration dieser Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gibt es in Sachsen sowohl strukturelle Hürden, wie zum Beispiel die Abhängigkeit der Erteilung einer Arbeitserlaubnis oder der Bewilligung von ausbildungsfördernden Maßnahmen vom Aufenthaltsstatus und vom Grad der Bleibeperspektive, als auch tatsächliche Hindernisse, wie fehlende Sprachkenntnisse und Nachweise von Berufsabschlüssen. Gleichzeitig sind aktuell die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt mit niedrigen Arbeitslosenzahlen und vielen offenen Ausbildungs- und Arbeitsstellen so gut wie lange nicht.~~

Begründung

Text streichen - stellt keine Forderung dar, könnte in der Begründung wiedergegeben werden.

V04-021 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 21 bis 24 löschen:

Rahmenbedingungen für den Einstieg in die duale Ausbildung verbessern und ausbauen

~~Geflüchtete Menschen müssen stärker als bisher von guten Rahmenbedingungen profitieren und für
den Einstieg in die duale Ausbildung unterstützt werden.~~

Begründung

Streichen - steht bereits in der Überschrift

V04-025 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 25 bis 29:

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN~~ Wir fordern mehr begleitende Instrumente der Bundesagentur für Arbeit, die Auszubildenden bei Ausbildungsbeginn zur Verfügung stehen; Diese müssen ohne Wartefrist statt finden und ~~die~~ für alle ~~Geflüchtete~~ unabhängig vom/von Herkunftsland und ~~vom~~ Aufenthaltsstatus zugänglich gemacht werden sein. Das sächsische arbeitsmarktpolitische Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ muss

Begründung

prägnanter und besser verständlich

V04-042 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 41 bis 43:

Ferner müssen Kompetenzen frühzeitig, systematisch und in allen Regionen einheitlich erfasst ~~und~~
~~daraus~~werden. Daraus müssen individuelle Förderpläne entwickelt werden und entsprechende
Qualifizierungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Dabei müssen auch im Ausland erworbene
berufliche Qualifikationen und Kenntnisse stärker berücksichtigt werden.

Begründung

Kürzere Sätze sind besser verständlich.

Zur Ergänzung: Bisher spielen die Berufserfahrungen aus dem Ausland kaum eine Rolle, vor allem bei
Minderjährigen, die bereits gearbeitet haben wird kaum darauf geachtet, sich werden oft in Berufe
gedrängt, bei denen sie alles von Grund auf neu erlernen, während ihre beruflichen Vorkenntnisse
unberührt bleiben. Eine stärkere Beachtung dieser würde sicher so manchen Bildungsweg, schneller
und effektiver verlaufen lassen.

V04-044 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 44 bis 46:

~~BÜNDNIS/90/DIE GRÜNEN fordern, dass Geflüchtete in solche Qualifizierungsangebote vermittelt werden, die ihnen die Möglichkeit bieten~~ Qualifizierungsangebote müssen Geflüchteten und Migranten die Möglichkeit bieten, über den Erwerb von Teilqualifikationen nachträglich einen staatlich anerkannten

Begründung

prägnanter und besser verständlich

V04-048 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 48 bis 51 löschen:

Einstiegsqualifizierungen (EQ) als Brücke nutzen

~~Die Einstiegsqualifizierung ist ideal für junge Geflüchtete. Denn in der Regel bringen diese nicht von Anfang an die notwendigen Fähigkeiten und Sprachkenntnisse für den direkten Einstieg in eine Ausbildung mit.~~

Begründung

Keine Forderung, kann an dieser Stelle gestrichen werden.

V04-052 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 52 bis 60:

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen ein. So muss bereits die Absolvierung einer Einstiegsqualifizierung zum Erteilen einer Ausbildungsduldung nach § 60a Absatz 2 Aufenthaltsgesetz führen. Eine einheitliche, nachvollziehbare und praxistaugliche Handhabung der Ausbildungsduldung nach § 60a Absatz 2 Aufenthaltsgesetz bietet eine Rechts- und Planungssicherheit für die Auszubildenden und die Betriebe. Es obliegt dem Gesetzgeber, gesetzliche Rahmenbedingungen so konkret zu gestalten, dass eine dem Ziel des Gesetzes widersprechende Auslegung nicht möglich ist.~~

Die gesetzlichen bzw. aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen der Einstiegsqualifizierung (EQ) müssen verbessert werden: Die Ausbildungsduldung nach § 60a Absatz 2 Aufenthaltsgesetz muss bereits mit einer EQ erteilt werden, um Rechts- und Planungssicherheit für die Auszubildenden und die Betriebe zu bieten.

Außerdem muss im Rahmen der EQ sowie in der Ausbildung ausreichend sprachlicher und fachsprachlicher Unterricht sichergestellt werden.

Begründung

prägnanter und besser verständlich

Außerdem kann der Punkt "Sprache" in diesem Beschulsspunkt mit aufgenommen werden.

V04-061 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 61 bis 64 löschen:

~~Sprachunterricht auch während der Ausbildung sichern~~

~~Parallel zum praktischen Unterricht in den Betrieben muss im Rahmen der Einstiegsqualifizierung
sprachlicher und fachtheoretischer Unterricht sichergestellt werden.~~

Begründung

kann im Beschlusspunkt Einstiegsqualifizierung aufgenommen werden.

V04-065 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 65 bis 68 löschen:

~~Das Beherrschen der deutschen Sprache ist entscheidend für die Integration auf dem Arbeitsmarkt.
Denn Fachkräfte müssen im betrieblichen Alltag vom ersten Tag an über die volle berufliche
Handlungsfähigkeit verfügen. Die deutsche Sprache ist zudem sicherheitsrelevant in vielen Branchen
und Betrieben.~~

Begründung

Das liegt klar auf der Hand muss an dieser Stelle nicht explizit erwähnt werden, stellt außerdem
keine Forderung dar.

V04-069 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 20.03.2018

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 69 bis 74:

~~Wir GRÜNEN wollen daher, dass die EQs für Geflüchtete mit Sprachkursen und ggf. ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) der Agenturen für Arbeit kombiniert werden. An den Berufsschulen sollen flexible Lösungen gefunden werden, um Unterricht für junge Geflüchtete anzubieten. Eine Alternative zu eigenen EQ-Klassen für Geflüchtete könnte die Teilnahme am Unterricht von Klassen der Berufsvorbereitung sein.~~

Begründung:

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind im Dezember 2016 in Sachsen von den gemeldeten SGB II- und SGB III-Bezieher*innen 5013 Geflüchtete ohne Schulabschluss und 3213 Geflüchtete, die keine Angaben zu ihrem Schulabschluss gemacht haben. Der Sächsische Flüchtlingsrat rechnet mit knapp 4000 erwachsenen Geflüchteten, die einen Schulabschluss in Sachsen nachholen können und wollen. Doch der Weg zu einem Schulabschluss und Berufsabschluss in Deutschland ist oft lang und frustrierend und führt daher nicht immer zu einem erfolgreichen Ende.

Eine erfolgreiche frühzeitige Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt bildet eine gute Grundlage für eine dauerhafte und nachhaltige Integration insgesamt und dient darüber hinaus der Sicherung des Lebensunterhalts der Menschen.

Bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stehen Geflüchtete und Unternehmen allerdings vor zahlreichen Hürden. Bemängelt werden zum Beispiel die immer noch zu lange Dauer der Asylverfahren, fehlende deutsche Sprachkenntnisse, aufwändige Vermittlungsprozesse in Ausbildung und Beschäftigung, fehlende schulische und berufliche Qualifikationen sowie Unsicherheit bei den rechtlichen Rahmenbedingungen

Begründung

Der Punkt "Sprache" wurde im Änderungsantrag zur "Einstiegsqualifizierung" bereits mit aufgenommen.

An dieser Stelle können die am Anfang gestrichenen erklärenden und begründenden Statements in eine allgemeine Begründung des Antrag einfließen.

V04-037 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: Julia Günther (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

unabhängig ihres Aufenthaltsstatus, zur Erlangung eines Schulabschlusses entwickelt werden, bereits vorhandene Angebote müssen genutzt werden können. Wir GRÜNE stehen dafür, dass berufsqualifizierende Schulabschlüsse auch nach dem 18. Lebensjahr auf direktem Wege erworben werden

Begründung

Die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss über bestimmte Angebote nachzuholen, existiert zumindest im Moment in Dresden praktisch leider nicht. Diese Möglichkeit stünde zwar theoretisch auch Aufenthaltsgestatteten aus nicht bevorzugten Ländern über den Bildungsgutschein offen, aber praktisch haben die Arbeitsagentur bzw. das Jobcenter die Zugangshürden so hoch gehängt, dass es gar nicht mehr genug Teilnehmer*innen dafür gibt, um die Maßnahme überhaupt anzubieten. Nach mündlicher Aussage der Arbeitsagentur wird der Bildungsgutschein dafür nur gewährt, wenn die Geflüchteten bereits 8 Jahre die Schule besucht haben und dies auch nachweisen können. Damit fallen ca. 90 % der potentiellen Teilnehmer*innen weg. Das ist schade und sollte sich ändern, bevor derlei Angebote wieder fallengelassen werden müssen.

V04-064 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: Julia Günther (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:

Einstiegsqualifizierung sprachlicher und fachtheoretischer Unterricht sichergestellt werden. Diese Angebote müssen unter hinreichender Würdigung der Fähigkeiten und der Lebensumstände der Geflüchteten erfolgen.

Begründung

Es werden immernoch verbreitet Menschen in für sie unpassende (meist zu anspruchsvolle) Kurse eingeteilt, was zu Frust und niedrigen Erfolgsquoten führt.

V04-018 Maßnahmen für eine erfolgreiche Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten jetzt ergreifen

Antragsteller*in: Julia Günther (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V04

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

Bleibeperspektive, als auch tatsächliche Hindernisse, wie fehlende Sprachkenntnisse und Nachweise von Berufsabschlüssen. Für die Anerkennung vorhandener Berufsabschlüsse muss im Landesamt für Schule und Ausbildung ausreichend Personal bereit gestellt werden. Gleichzeitig sind aktuell die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt mit niedrigen Arbeitslosenzahlen und vielen

Begründung

Die Anerkennung von Berufsabschlüssen dauert derzeit 12-14 Monate, für viele Geflüchtete ist damit die Aussicht in Arbeit zu kommen dahin.

V05-017 Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe auch in Sachsen einrichten

Antragsteller*in: Julia Günther (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V05

Von Zeile 16 bis 20:

Bundesnaturschutzgesetz. Biosphärenreservate unterteilen sich in drei Gebietskategorien, die unterschiedliche Funktionen erfüllen: ~~die~~Die Kernzone ist für eine naturschutzorientierte Entwicklung ~~vorbehalten, und~~ die Pflegezone ~~ist~~ für den Landschaftsschutz ~~und durch die~~vorbehalten. Dank der Entwicklungszone ist darüber hinaus eine ~~sozioökonomischen-Entwicklung~~sozioökonomische Gebietsentwicklung möglich.

V06-008 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 14.03.2018

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 7 bis 9:

werden einkommensarme und sozial benachteiligte Menschen aus bestimmten Quartieren verdrängt, Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende finden keinen passenden Wohnraum im Quartier.~~[Leerzeichen]~~ Unser Ziel ist es, möglichst große Bestände an Wohnungen zu erhalten und neu zu schaffen, die außerhalb des marktwirtschaftlich auf

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

Mietpreis- und Belegungsbindung (sogenannte Sozialwohnungen) in den sächsischen Städten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen streben an, dass wieder mehr Wohnungen in unterschiedlichen Größen und Ausbauvarianten (barrierearm, mehr kleine Zimmer) zu sozialverträglichen Mieten (v.a. aber nicht ausschließlich in öffentlichem

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Wohnungen sind sowohl Menschen mit geringem Einkommen als auch Transferempfänger*innen, Alleinerziehende und Familien. Instrumente sind der soziale Wohnungsbau und weitere Instrumente für Wohnungsneubau.

Begründung

Für einer schlüssigen Einleitung: Bezahlbares Wohnen ist für breite Teile der Gesellschaft zum Thema geworden. Besonderes Augenmerk sollen auch die Bedarfslagen von Alleinerziehenden, die kleine Wohnungen mit mehreren Zimmern suchen wie Familien gerade mit mehreren Kindern bekommen, die große Wohnungen mit vielen Zimmern brauchen. Der Antrag V06 benennt diese Gruppe nicht eigens, jedoch werden kaum Einkommensschwache und Transferleistungsbezieher*innen selber zu Bauherr*innen.

V06-123 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 14.03.2018

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 122 bis 124 einfügen:

sind. Im Mittelpunkt einer klimafreundlichen und zugleich mieterfreundlichen Wohnungspolitik muss perspektivisch auch eine Senkung der Energiekosten stehen. Dabei soll nicht alles was technisch möglich ist umgesetzt werden, sondern Maßstab ist die Bezahlbarkeit für die Mieter*innen. Einsparungen bei den Nebenkosten sollen die Modernisierungsumlage auffangen. Gebäudesanierung darf nicht für Luxusmodernisierungen missbraucht werden,

Begründung

Es handelt sich um eine Konkretisierung, die nötig ist, da die Umsetzung energieeffizienten Bauens nicht immer ökologisch und vor allem längst nicht immer sozial abläuft.

V06-127 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: LAG Soziales

Beschlussdatum: 14.03.2018

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 127 bis 128 einfügen:

Verstärkte Förderung vor allem nicht profitorientierter, kooperativer Träger

Neben der Förderung für sozialen Wohnungsbau für Einkommensarme wollen wir Förderinstrumente einsetzen um den Wohnungsmarkt zu diversifizieren und für viele Bedarfe auszubauen. Kleine und große Wohnungen mit verschiedenen großen Räumen sind nötig. Menschen mit Behinderung brauchen barrierearme Wohnungen. Wir wollen beim Ausbau des Wohnungsangebots die Vielfalt und Mischung von Wohn-

Begründung

Im gesamten Antrag bleibt unklar, welche Maßnahmen auf sozialen Wohnungsbau und welche auf andere Fragen des Wohnungsangebotes Antwort geben soll. Die Passage soll das etwas klarer machen.

V06-126 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: Carla Groß

Redaktionelle Änderung

am Ende des Kapitels Wohnungsbau ökologisch und klimafreundlich gestalten

Nahwärmelösungen in Quartieren können ökologische Vorbildprojekte sein. Damit hierbei aber keine zusätzliche Profitquelle für Betreiber als Contractoren entsteht, wird eine gesetzliche Offenlegung aller Kosten (Investition und Finanzierung, Betrieb und Wartung, Energieeinkauf) gegenüber den Gebäudeeigentümern sowie -nutzern und das Verbot der Umlage von Investitions- bzw. Finanzierungskosten auf Mieter gefordert. Alternativ kann eine Preisbegrenzung für Fernwärme (worunter Nahwärme juristisch fällt) mit Bindung an den verwendeten Energieträger erfolgen. Staatliche Kontrollstelle dafür soll das Landeskartellamt sein.

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 125 bis 126 einfügen:

sondern muss sich durch sinkende Energiekosten auch tatsächlich für die Betroffenen auszahlen.
Nahwärmelösungen in Quartieren können ökologische Vorbildprojekte sein. Damit hierbei aber keine zusätzliche Profitquelle für Betreiber als Contractoren entsteht, wird eine gesetzliche Offenlegung aller Kosten (Investition und Finanzierung, Betrieb und Wartung, Energieeinkauf) gegenüber den Gebäudeeigentümern sowie -nutzern und das Verbot der Umlage von Investitions- bzw. Finanzierungskosten auf Mieter gefordert. Alternativ kann eine Preisbegrenzung für Fernwärme (worunter Nahwärme juristisch fällt) mit Bindung an den verwendeten Energieträger erfolgen. Staatliche Kontrollstelle dafür soll das Landeskartellamt sein.

V06-005 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 4 bis 7:

allein die beiden sächsischen Großstädte Dresden und Leipzig. Aber Entwicklungen in diese Richtung sind bereits auch ~~für Chemnitz~~, in anderen Kommunen im Umland ~~der Großstädte von Dresden und Leipzig~~ und zum Teil sogar in weiteren Mittelstädten festzustellen. Zunehmend werden einkommensarme und sozial benachteiligte Menschen aus bestimmten

Begründung

In Chemnitz trat Anfang 2018 der neue Mietspiegel in Kraft. Im Durchschnitt liegen die Mieten immer noch unter 5 Euro/qm (kalt). Im höchsten Segment werden max. Preise von 7,74 Euro/qm (kalt) benannt. In Bereichen (z.B. Wohnungen über 80 qm) herrscht tatsächlich ein Mangel vor. Es ist aber mehr als fraglich, ob bei einem Neubau oder einer grundhaften Sanierung Preise von weniger als 6 Euro (kalt) erreicht werden können. Insofern sollte diese tatsächliche Situation berücksichtigt werden.

V06-091 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 90 bis 94 löschen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen treten dafür ein auch anderen Kommunen den Zugang zu diesem Förderprogramm zu ermöglichen. ~~Nicht nur aus Chemnitz wird Bedarf gemeldet, auch Klein- und Mittelstädte rund um die Metropolregionen könnten Bedarf anmelden.~~ Die Fokussierung auf den Stadtteilbezug anstelle auf die Gesamtstadt kann somit auch den Kommunen den Zugang zum Förderprogramm

Begründung

In Chemnitz standen Ende 2015 ca. 21.000 Wohnungen leer. Das entspricht einer Leerstandsquote von 13,6 %. (Drs 6-8554 im Landtag) Daher sollte der Bedarf realistisch eingeschätzt werden.

V06-126-2 Bezahlbares Wohnen in Sachsen sichern

Antragsteller*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

Änderungsantrag zu V06

Von Zeile 125 bis 126 einfügen:

sondern muss sich durch sinkende Energiekosten auch tatsächlich für die Betroffenen auszahlen.
Nahwärmelösungen in Quartieren können ökologische Vorbildprojekte sein. Damit hierbei aber keine zusätzliche Profitquelle für Betreiber als Contractoren entsteht, wird eine gesetzliche Offenlegung aller Kosten (Investition und Finanzierung, Betrieb und Wartung, Energieeinkauf) gegenüber den Gebäudeeigentümern sowie -nutzern und das Verbot der Umlage von Investitions- bzw. Finanzierungskosten auf Mieter gefordert. Alternativ kann eine Preisbegrenzung für Fernwärme (worunter Nahwärme juristisch fällt) mit Bindung an den verwendeten Energieträger erfolgen. Staatliche Kontrollstelle dafür soll das Landeskartellamt sein.

Begründung

Sinnvoller Vorschlag von C. Groß. Damit dieser formal behandelt werden kann, will ich diesen gern einbringen.